

D A CH-Reformbarometer

Jahr der Reförmchen

Reformen in den Bereichen Arbeitsmarkt-, Sozial-, Steuer- und Finanzpolitik kamen in den drei D A CH-Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz in den zurückliegenden zwölf Monaten nur noch langsam voran. Grundlegende Veränderungen waren nicht zu registrieren. Vielmehr haben die Regierungen in Berlin und Bern an Details wie dem Ausländerrecht und der Invalidenversicherung gefeilt. Österreich dagegen hat die Lust an Reformen offenbar verloren. Dies geht aus dem neuesten D A CH-Reformbarometer der drei Denkfabriken Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), Wirtschaftskammer Österreich und Avenir Suisse hervor. Es klopft Regierungsbeschlüsse, Gesetze und Entwürfe daraufhin ab, wie sie sich auf das Wirtschaftswachstum oder die Beschäftigung auswirken.

Das Reformbarometer, das für seinen Startpunkt im September 2002 auf 100 normiert ist, stieg von September 2010 bis September 2011 in Deutschland um 0,9 auf 109 Punkte. Zu diesem kleinen Plus beigetragen hat nicht zuletzt die Abschaffung der Wehrpflicht, wodurch Jugendliche dem Arbeitsmarkt früher zur Verfügung stehen.

Die Schweiz legte ebenfalls ein wenig zu, und zwar um 0,7 auf 115,1 Punkte. Der Anstieg wäre größer ausgefallen, hätten die Eidgenossen ihr Konsolidierungsprogramm konsequent umgesetzt.

Österreich, der Reformmeister des Jahres 2010, verlor 0,1 Punkte im Reformbarometer und steht jetzt bei exakt 113 Punkten. Die sprudelnden Steuereinnahmen haben für die Wiener Regierung den Reformdruck vermindert.

Manfred Jäger-Ambrożewicz, Thomas Puls, Robert Koza, Rudolf Walser, Martin Wermelinger: Das D A CH-Reformbarometer – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Ausgabe 2011

Download unter: www.iwkoeln.de/Gutachten

Gesprächspartner im IW: **Thomas Puls, Telefon: 0221 4981-766**

**Telefon zum Pressegespräch in Berlin am 9. Dezember:
0160 90742392**

Vorwärts in Trippelschritten

Drei-Länder-Reformbarometer. Deutschland hat sich im Vergleich mit Österreich und der Schweiz im Jahr 2011 als reformfreudigstes Land erwiesen. Die Regierung in Wien dagegen scheint sich auf den Reformlorbeeren der vergangenen Jahre auszuruhen. Dies geht aus dem neuesten D A CH-Reformbarometer der drei Denkfabriken Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), Wirtschaftskammer Österreich und Avenir Suisse hervor. 

Und sie bewegt sich doch – so könnte man die diesjährige Reformpolitik der Regierung in Berlin charakterisieren. Auch wenn es so aussieht, als ob sich alles nur noch um die Euro-Rettung dreht, in vielen Bereichen – vom Steuerrecht bis hin

zu den Sozialbeiträgen – kam es in den vergangenen zwölf Monaten immerhin zu Detailverbesserungen. Diesen Weg des Feilens an Gesetzen geht auch die Schweiz.

Die Entwicklung des D A CH-Reformbarometers zwischen Okto-

ber 2010 und September 2011 im Einzelnen (Grafik Seite 5):

Deutschland zeigte mit einem Plus von 0,9 Punkten im Jahr 2011 den größten Reformeifer. Mit einem Gesamtstand von 109,0 Punkten behält die Bundesrepublik die Rote Laterne im Gesamtranking (Kasten).

Die Schweiz konnte ebenfalls einen kleinen Anstieg von 0,7 Punkten verbuchen. Das Reformbarometer erreicht nun 115,1 Punkte, so dass die Eidgenossen im Langzeitranking Platz 1 verteidigen.

Österreich, der Reformmeister 2010, verlor 0,1 Punkte. Mit 113,0 Punkten belegt das Land weiter den zweiten Platz im Gesamtranking.

Für die jüngsten Verschiebungen gibt es viele Gründe. Die wichtigsten:

Deutschland. Weil die Wehrpflicht abgeschafft wurde, stehen dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt viele Jugendliche früher zur Verfügung. Dem Fachkräftemangel entgegen wirkt auch, dass Ausländer nun das Recht haben, ihre beruflichen Abschlüsse daraufhin prüfen zu lassen,

Schwarz-Gelb: Kleine Fortschritte

Entwicklung des Reformindikators in den ersten 24 Monaten nach Regierungsübernahme von ...

- SPD – Grüne (Oktober 2002)
- CDU/CSU – SPD (November 2005)
- CDU/CSU – FDP (Oktober 2009)



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln  Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 50

Weil große Reformvorhaben häufig zu Beginn einer Legislaturperiode angeschoben werden, bietet es sich an, den Reformelan der jüngsten drei Bundesregierungen in ihren jeweils ersten 24 Monaten zu vergleichen (Grafik):

Zweite Regierung Schröder. Die rot-grüne Bundesregierung legte 2002 einen klassischen Fehlstart hin. Steuern und Sozialbeiträge wurden zum Teil massiv

erhöht. Das Reformbarometer sank auf den Tiefststand von 90,7 Punkten ab. Dann kam es im Zeichen der Agenda 2010 zu einer reformpolitischen Kehrtwende. Durch diesen Kraftakt lag die rot-grüne Bundesregierung nach 24 Monaten mit 9,1 Punkten im Plus.

Regierung Merkel/Steinmeier. Nach ihrem Amtsantritt im November 2005 verfolgte die Große Koalition eine Politik der kleinen Schritte. Sie hat die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt und die Unternehmenssteuerreform angeschoben. Negativ haben sich die Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungssteuer sowie die Gesundheitsreform niedergeschlagen. Am Ende zeigte das Reformbarometer nach zwei Jahren ein Plus von 1,9 Punkten.

Regierung Merkel/Westerwelle. Die Beitragssatzerhöhungen in der Krankenversicherung im ersten Jahr von Schwarz-Gelb muss sich die Regierung als Negativposten anrechnen lassen. Im zweiten Regierungsjahr machte die liberal-konservative Koalition jedoch Boden gut. Zugangsbeschränkungen für den Arbeitsmarkt wurden gelockert und das Haushaltsbegleitgesetz mit Einsparungen in Milliardenhöhe wurde verabschiedet. Das Barometer stieg daraufhin auf 98 Punkte.

Was bewertet wird

In das D A CH-Reformbarometer gehen ein: Regierungsbeschlüsse, Gesetzentwürfe, Änderungen während der parlamentarischen Beratung und verabschiedete Gesetze. Für die Schweiz werden auch Volksabstimmungen berücksichtigt. Die Punktvergabe richtet sich danach, ob sich die Reformvorhaben günstig auf das Wirtschaftswachstum oder die Beschäftigungssituation auswirken. Als Ausgangspunkt für den Vergleich dient der Status quo im September des Jahres 2002, der auf den Wert 100 normiert wurde.

ob sie den deutschen Qualifikationen entsprechen. Die Begrenzung des Elterngelds für Spitzenverdiener ist ebenfalls ein Pluspunkt, weil sie Mitnahmeeffekte beseitigt.

Die Luftverkehrsabgabe allerdings wertet das IW Köln als Schönheitsfehler, weil sie Verbraucher und Wirtschaft belastet.

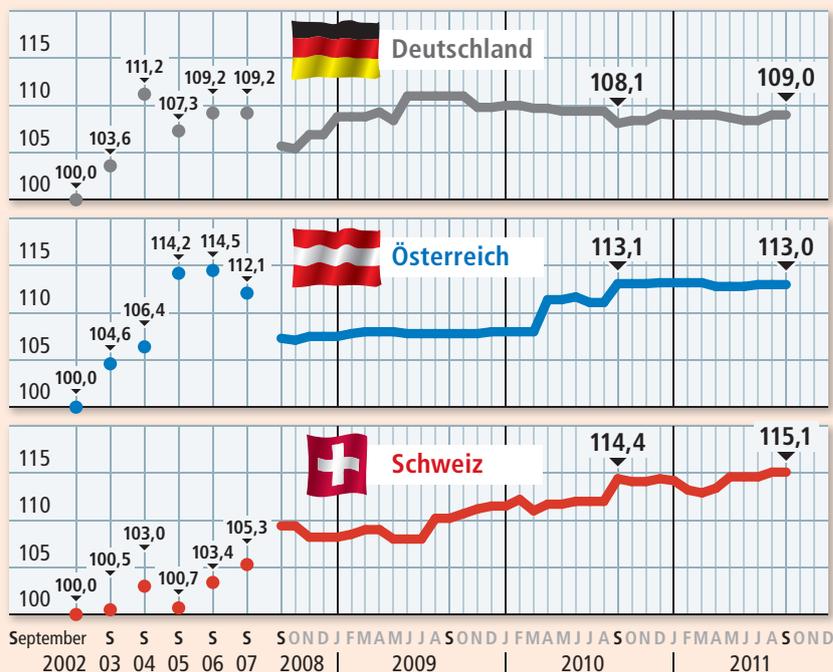
Schweiz. Die Eidgenossen haben ihre Invalidenversicherung modernisiert. Künftig gibt es die volle Rente erst bei einem Invaliditätsgrad von 80 Prozent – vorher reichten 70 Prozent. In der Finanz- und Steuerpolitik geht es indes nur gemächlich voran. Dies macht das sozialpolitische Plus zunichte. Denn das Konsolidierungsprogramm wurde nicht konsequent umgesetzt. So lässt zum Beispiel der angekündigte Einheitsersatz bei der Mehrwertsteuer auf sich warten. Dennoch wurden auch in diesem Jahr die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten.

Österreich. Die große Koalition aus SPÖ und ÖVP hat die Steuern – etwa auf Tabak und Sprit – deutlich erhöht. Banken müssen jetzt eine neue Steuer zahlen, die jedes Jahr 500 Millionen Euro bringen soll. Zwar läuft die Wirtschaft in Österreich rund – die sprudelnden Steuereinnahmen nutzt die Regierung in

DA CH-Reformbarometer: Österreich stagniert

Das DA CH-Reformbarometer beurteilt, inwieweit politische Reformvorhaben in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik sowie der Steuer- und Finanzpolitik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz verändert haben.

September 2002 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Wichtige Ereignisse in Deutschland

Januar 2009:	Konjunkturpaket II (u. a. Milderung der kalten Progression, kommunales Investitionsprogramm)
April 2009:	Rentengarantie
Juni 2009:	Schuldenbremse
November 2009:	Wachstumsbeschleunigungsgesetz (u. a. Mehrwertsteuersenkung für Hotels)
September 2010:	Eckpunkte Gesundheitsreform (u. a. Beitragserhöhung um 0,6 Punkte)
März 2011:	Abschaffung der Wehrpflicht

Österreich

September 2008:	Maßnahmenpaket „Inflationsausgleich“ (u. a. außerplanmäßige Rentenerhöhung, höhere Pendlerpauschale, Halbierung der Mehrwertsteuer auf Medikamente)
Februar 2009:	Erstes Arbeitsmarktpaket (u. a. Verlängerung der Kurzarbeit)
März 2009:	Reform der Einkommenssteuer
April 2010:	Finanzrahmengesetz
September 2010:	Ankündigung der Rot-Weiß-Rot-Card für Zuwanderer
Dezember 2010:	Haushaltskonsolidierungspaket

Schweiz

Februar 2009:	Zweites Konjunkturpaket (u. a. Verlängerung der Kurzarbeit)
August 2009:	Automatischer jährlicher Ausgleich der kalten Progression
Juni 2010:	Vorschlag eines Konsolidierungsprogramms – 1,6 Milliarden Franken pro Jahr
Januar 2011:	Umsetzung des Konsolidierungsprogramms wird wegen unerwartet hohem Haushaltsüberschuss ausgesetzt

Quellen: Avenir Suisse, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Wirtschaftskammer Österreich

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - IWD 50



IW-Studie

Manfred Jäger-Ambrozewicz,
Thomas Puls, Robert Koza,
Rudolf Walser, Martin

Wermelinger: Das DA CH-Reformbarometer – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Ausgabe 2011

Download unter:

www.iwkoeln.de/Gutachten

Wien aber nicht, um ihren Haushalt zu konsolidieren.

Was bringen die kommenden Monate? In Deutschland werden zum 1. Januar 2012 die Rentenversicherungsbeiträge gesenkt. Das Kabinett billigt eine Blue-Card-Regelung,

wodurch Ausländer künftig eine unbefristete Arbeitserlaubnis schon ab einem Einkommen von 48.000 Euro (heute: 66.000 Euro) erhalten können. In Österreich und in der Schweiz stehen hingegen keine größeren Vorhaben auf der Reformagenda.